

658 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (VI.GP.)

4. 9. 1952.

Regierungsvorlage.

Bericht an den Nationalrat, betreffend das Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der italienischen Republik zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Im Jahre 1947 hat der damalige italienische Politische Vertreter in Wien, Herr Maurilio Coppini, im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, die Einleitung von Verhandlungen zur Regelung der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Italien vorgeschlagen.

Zu einem der italienischen Regierung im September 1947 übermittelten Entwurf eines Übereinkommens wurden von italienischer Seite im November 1948 Gegenvorschläge erstattet. Bei den Verhandlungen, an denen die in Betracht kommenden österreichischen Ministerien, das sind das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, das Bundesministerium für Unterricht und das Bundesministerium für Finanzen, beteiligt waren, mußte darauf Bedacht genommen werden, daß eine allgemeine Regelung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten nur unter der Voraussetzung als befriedigend angesehen werden kann, wenn die im Pariser Abkommen vom 5. September 1946 zugunsten der Südtiroler Akademiker vorgesehene Sonderregelung über die Anerkennung der Gültigkeit gewisser akademischer Grade und Universitätsdiplome bereits getroffen wurde. Wegen Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkte wurde der Abschluß des sonst fertiggestellten Übereinkommens im Jahre 1949 zurückgestellt, um eine Lösung dieses Problems zu erzielen. Mit der Schaffung des italienischen Studententitelgesetzes vom 18. Dezember 1951, betreffend die Anerkennung akademischer Titel und Grade für Südtiroler Rückoptanten, konnte die erwähnte Voraussetzung im wesentlichen als erfüllt angesehen werden.

Die vorliegende Fassung des Kulturübereinkommens, die dem Grundsatz der Gegenseitigkeit in vollem Maße Rechnung trägt und den beiderseitigen Wünschen im größtmöglichen Umfang gerecht wird, wurde vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 4. März 1952 genehmigt. Am 14. März 1952 erfolgte in Rom die Unterzeichnung durch die in der Präambel genannten

Bevollmächtigten der beiden Staatsoberhäupter, und zwar für Österreich durch den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und für Italien durch den Ministerpräsidenten und Minister für die Auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Alcide De Gasperi.

Das Übereinkommen soll durch Vertiefung der wechselseitigen geistigen Beziehungen die Grundlage für ein besseres Verständnis der beiderseitigen geistigen und kulturellen Werte und Leistungen schaffen und bildet daher über seine unmittelbare Bedeutung hinaus auch einen wertvollen Beitrag zu einer vom Geiste friedlichen Zusammenwirkens der Staaten Europas getragenen Politik. Die Intensivierung der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Italien, die auch reichere Entfaltungsmöglichkeiten für das kulturelle Leben Südtirols mit sich bringt, dient somit auch den allgemeinen Interessen des Friedens in der Welt.

Das Übereinkommen nimmt in seiner Präambel auf das zwischen Österreich und Italien im Jahre 1935 geschlossene Kulturabkommen Bezug und enthält ihm gegenüber beachtliche Erweiterungen und Ergänzungen, wobei den geänderten politischen Verhältnissen Rechnung getragen wurde. Es stellt einen politischen Staatsvertrag dar, der im Artikel 4 eine verfassungsändernde Bestimmung enthält und bedarf gemäß Artikel 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Nationalrates. Im Hinblick auf die Verfassungsbestimmung im Artikel 4 des Abkommens sind gemäß Artikel 50 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Bestimmungen des Artikels 44 B-VG. anzuwenden, wonach Gesetze, die Verfassungsbestimmungen enthalten, vom Nationalrat nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden können.

Der Vertragstext besteht aus einer Präambel, die in kurzer zusammenfassender Weise den Zweck und die Ziele des Abkommens kennzeichnet und aus 18 Artikeln, hinsichtlich deren kurz folgende Einzelheiten hervorzuheben sind:

Artikel 1 bis 3 beziehen sich auf die Wiederaufnahme der Tätigkeit der beiderseitigen Kulturinstitute und ihre Aufgaben, wobei die ita-

lienische Regierung, die durch das Übereinkommen vom Jahre 1935 erfolgte Grundschenkung für den Sitz des Österreichischen Kulturinstitutes in Rom bestätigt.

Im Artikel 4 werden dem italienischen Kulturinstitut auf Grundlage der Reziprozität eine Reihe abgabenrechtlicher Begünstigungen gewährt. Es handelt sich um die Befreiung von allen wie immer benannten Abgaben des Bundes, aber auch von solchen anderer Gebietskörperschaften, soweit sie mit der Wiederaufnahme des Betriebes, der Organisation und der in den Artikeln 1 bis 3 umschriebenen Tätigkeit zusammenhängen, ferner um die Befreiung des für Zwecke des Institutes benützten Grundbesitzes von den Realsteuern; schließlich wird die Befreiung von Zöllen und anderen Einfuhrabgaben, die auf die Einfuhr der Einrichtung des Institutes sowie des Ausbildungs-, Studien- und wissenschaftlichen Zwecken dienenden Materials entfallen würden, zugesichert.

Die Bestimmungen dieses Artikels, die eine Befreiung nicht nur von Bundes-, sondern auch von Landes- und Gemeindeabgaben vorsehen, stehen mit den Bestimmungen des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45/1948, im Widerspruch und müssen daher zu einer Verfassungsbestimmung erklärt werden. Auf die sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Konsequenzen wurde bereits hingewiesen.

Artikel 5, 6 und 7, die sich auf den Professoren-, Lektoren- und Studentenaustausch beziehen, Artikel 8, der die Bedeutung des italienischen Sprachunterrichtes im Lehrplan der österreichischen Schulen unter Betonung der Gegenseitigkeit behandelt, sowie die in Artikel 9 vorgesehene gegenseitige Mitteilung über Prämien, sowie Studien- und Reisestipendien, haben den Zweck, der Jugend beider Staaten durch Vertiefung der Kenntnisse von Sprache, Geschichte und Literatur des anderen Landes ein besseres Verständnis der Art und des Wesens der beiden Völker und ihrer Kulturen zu vermitteln.

Artikel 10 enthält die grundsätzliche Verpflichtung zur Anerkennung der von den Universitäten und Hochschulen des anderen Landes verliehenen akademischen Titel und Grade, soweit nicht in bestehenden Gesetzen Einschränkungen und Ausnahmen festgelegt sind. Um trotz der Verschiedenheit des Ausbildungsganges in beiden Staaten die tatsächliche Gleichwertigkeit der anzuerkennenden Titel sicherzustellen,

soll eine aus Fachleuten zusammengesetzte Kommission eine Liste dieser Titel und die zur Anerkennung erforderlichen Modalitäten festlegen. Eine gleichartige Bestimmung war in dem Abkommen von 1935 nicht enthalten. Ihre praktischen Auswirkungen werden vor allem für die studentische Jugend Südtirols von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Die Artikel 11 bis 14 beziehen sich auf die Förderung des kulturellen Austausches zwischen Österreich und Italien im weitesten Umfange. Sie enthalten Bestimmungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der bildenden Kunst, der Musik, des Theaters, des Film- und Rundfunkwesens, der Geschichtswissenschaften und der Übermittlung von Büchern und Archivbeständen.

Die in Artikel 15 vereinbarte Förderung kultureller und studentischer Vereinigungen, welche die Vertiefung der kulturellen Beziehungen bezwecken, sowie die in Artikel 16 vorgesehene paritätische Kommission zur Regelung der sich bezüglich der Durchführung des Abkommens ergebenden Fragen waren dem Übereinkommen vom Jahre 1935 fremd und bedeuten somit diesem gegenüber eine wesentliche Erweiterung und Verbesserung.

Die letzten beiden Artikel 17 und 18 behandeln die Dauer des Abkommens, den Austausch der Ratifikationsurkunden und den Zeitpunkt des Inkrafttretens und entsprechen den allgemein üblichen internationalen Gepflogenheiten.

Allen Bestimmungen des gegenständlichen Vertrages liegt das Bestreben zugrunde, die guten und freundschaftlichen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern durch den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen auf allen Gebieten des geistigen und künstlerischen Lebens zu vertiefen.

Die Bundesregierung stellt nunmehr den

A n t r a g,

der Nationalrat wolle den vorstehenden Bericht zur Kenntnis nehmen und dem Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der italienischen Republik zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gemäß Artikel 50 beziehungsweise 44 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

(Vertragstext)

Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der italienischen Republik zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der italienischen Republik,

von dem gleichen Wunsche beseelt, die Zusammenarbeit ihrer beiden Staaten auf dem Gebiete der Kultur, der Erziehung, sowie der Literatur, Wissenschaft und Kunst zu entwickeln,

überzeugt, daß die Vertiefung der gegenseitigen Kenntnis der Zivilisation und des Geisteslebens der beiden Völker sowie die weitere Verstärkung des traditionellen Kulturaustausches zwischen den beiden Ländern sich im gemeinsamen Friedensinteresse besonders günstig auswirken werde,

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Kulturübereinkommen zu vereinbaren, welches in Anbetracht der gegebenen geänderten Beziehungen den Vertrag vom 2. Februar 1935 ersetzen soll und sie haben ernannt zu ihren Bevollmächtigten:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
Herrn Dr. Karl Gruber, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,

Der Präsident der italienischen Republik:
Herrn Alcide De Gasperi, Ministerpräsident und Minister für die Auswärtigen Angelegenheiten, die nach Anerkennung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1.

Die italienische Regierung eröffnet in Wien wieder das italienische Kulturinstitut, das schon im Vertrag vom 2. Februar 1935 vorgesehen war und das die Aufgabe haben wird, die gesamte Tätigkeit in bezug auf die Verbreitung und Vertiefung der Kenntnis der italienischen Kultur und des italienischen Lebens in der Vergangenheit und in der Gegenwart in Österreich zu fördern und zusammenzufassen und solcherart die österreichisch-italienischen Beziehungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Literatur und der Künste zu fördern.

Accordo tra la Repubblica Italiana e la Repubblica Austriaca per lo sviluppo dei rapporti culturali fra i due paesi.

Il Presidente della Repubblica Italiana e il Presidente Federale della Repubblica Austriaca,

animati dal medesimo desiderio di sviluppare la collaborazione dei due Paesi nel campo della cultura, della istruzione e delle attività letterarie, scientifiche e artistiche;

convinti che l'approfondimento delle reciproche conoscenze sulla civiltà e la vita spirituale dei due popoli e l'ulteriore incremento dei tradizionali scambi culturali fra i due Paesi risultano quanto mai opportuni nel comune interesse della Pace;

hanno deciso di stipulare allo scopo un Accordo culturale, che sostituisce, in considerazione dei nuovi rapporti esistenti, l'Accordo del 2 febbraio 1935, e hanno nominato quali loro Plenipotenziari:

Il Presidente della Repubblica Italiana:
l'On. Alcide De Gasperi, Presidente del Consiglio dei Ministri, Ministro per gli Affari Esteri;

Il Presidente Federale della Repubblica Austriaca:
il Sig. Dr. Karl Gruber, Ministro per gli Affari Esteri;

i quali, dopo aver riconosciuto in debita forma i rispettivi pieni poteri, hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1.

Il Governo italiano riapre in Vienna l'Istituto italiano di Cultura già previsto nell'Accordo del 2 febbraio 1935 e che avrà il compito di promuovere e coordinare tutte le attività intese alla diffusione e all'approfondimento della conoscenza in Austria della cultura e della vita italiana del passato e del presente, e di sviluppare in tal modo le relazioni italo-austriache nel campo delle scienze, delle lettere e delle arti.

Artikel 2.

Die österreichische Bundesregierung wird das seinerzeit aus der Erweiterung des österreichischen Historischen Institutes in Rom hervorgegangene österreichische Kulturinstitut in Rom wieder ins Leben rufen, das in Italien eine Tätigkeit zu entfalten haben wird, die jener des im vorigen Artikel genannten italienischen Kulturinstitutes in Wien entspricht und das so seinerseits die österreichisch-italienischen Beziehungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Literatur und der Künste fördern wird.

Von der italienischen Regierung wird die im Übereinkommen vom 2. Februar 1935 für die Stätte des österreichischen Kulturinstitutes in Rom festgelegte Schenkung bestätigt.

Artikel 3.

Jede der beiden Regierungen wird sich des eigenen Kulturinstitutes als Organ zur Zusammenfassung und Durchführung der im vorliegenden Übereinkommen vorgesehenen Aufgaben sowie für jede sonstige einvernehmliche Initiative bedienen können, die darauf abzielt, die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen.

Die beiden Regierungen sichern sich gegenseitig zu, dem Kulturinstitut des anderen Staates die größtmöglichen Erleichterungen zu gewähren, um die Erreichung der erwähnten Zwecke in jeder Hinsicht zu fördern.

Artikel 4.

Jede der beiden Regierungen gesteht dem Kulturinstitut des anderen Staates folgende Abgabenerleichterungen zu:

1. Die Befreiung von allen wie immer benannten Abgaben (staatliche, regionale, Landes-, Gemeinde- und jeder sonstigen Körperschaft), ob es sich um wiederkehrende oder einmalige handelt, denen die Wiederaufnahme des Betriebes, die Organisation und die in den vorausgehenden Artikeln dieses Vertrages näher angeführte Tätigkeit der Kulturinstitute unterliegen würden;
2. die Befreiung der Immobilien, die für die Zwecke der Kulturinstitute verwendet werden, von den Realsteuern;
3. die Befreiung von der Zahlung von Zöllen und sonstigen Einfuhrgebühren, soweit ihnen die Einrichtung der Kulturinstitute sowie ihr Ausbildungs-, Studien- und wissenschaftliches Material unterliegen würden.

Artikel 5.

Die österreichische Bundesregierung wird an der Universität Wien eine zu vereinbarende Lehrkanzel wieder errichten, die mit einem, von der italienischen Regierung vorgeschlagenen und

Articolo 2.

Il Governo Federale Austriaco rimetterà in efficienza l'Istituto Austriaco di Cultura in Roma, sorto a suo tempo in seguito all'ampliamento dell'Istituto Storico Austriaco in Roma e che svolgerà in Italia attività corrispondenti a quelle dell'Istituto italiano di cultura in Vienna, menzionate all'articolo precedente, sviluppando così da parte sua le relazioni italo-austriache nel campo scientifico, letterario ed artistico.

Per gli scopi della sede dell'Istituto Austriaco di Cultura in Roma viene confermata da parte del Governo italiano la donazione di cui all'Accordo del 2 febbraio 1935.

Articolo 3.

Ciascuno dei due Governi potrà valersi del proprio Istituto di Cultura quale organo di coordinamento e di esecuzione dei compiti previsti nel presente Accordo, come pure di ogni altra iniziativa intesa a intensificare i rapporti culturali fra i due Paesi.

I due Governi si assicurano reciprocamente di accordare all'Istituto di Cultura dell'altro Stato le maggiori agevolazioni possibili per facilitare, sotto ogni riguardo, il conseguimento degli scopi predetti.

Articolo 4.

Ciascuno dei due Governi concede i seguenti vantaggi fiscali all'Istituto di Cultura dell'altro Stato:

- 1° l'esonero da tutte le tasse di qualsiasi nome (statali, regionali, provinciali, comunali e di ogni altro ente), siano esse a titolo continuativo o una volta tanto, in quanto tali tasse si riferiscano al ripristino, alla organizzazione ed alle attività degli Istituti di Cultura specificate nei precedenti articoli del presente Accordo;
- 2° l'esonero dalle imposte reali per i beni immobili adoperati per gli scopi degli Istituti di Cultura;
- 3° l'esonero dai pagamenti dei diritti doganali e delle altre tasse d'importazione, per quanto riguarda l'attrezzatura degli Istituti di cultura nonché il loro materiale didattico, di studio e scientifico.

Articolo 5.

Il Governo Federale Austriaco ripristinerà presso l'Università di Vienna una cattedra da convenirsi e che sarà ricoperta da un docente italiano designato dal Governo italiano e

von der österreichischen Bundesregierung auf Grund der bestehenden Vorschriften zum „Gastprofessor“ ernannten, italienischen Hochschullehrer besetzt werden wird.

In reziproker Weise wird die italienische Regierung an der Universität Rom einen österreichischen Hochschullehrer für eine zu vereinbarende Lehrkanzel zum Professor „incaricato“ ernennen.

Die beiden Regierungen werden fallweise Vereinbarungen zur eventuellen Errichtung anderer außerordentlicher Lehrkanzeln auch an anderen Universitäten der beiden Staaten treffen.

Artikel 6.

Indem die beiden Regierungen es für angezeigt erachten, die wechselseitige Errichtung von Lektoraten an den Universitäten und anderen Hochschulen der beiden Länder zu fördern, vereinbaren sie im Gegenstande nachstehendes:

Soweit die italienische Regierung bei der Auswahl der Lektoren für die deutsche Sprache nicht Staatsangehörige der Republik vorsieht, wird sie von der österreichischen Bundesregierung namhaft gemachte Kandidaten in Betracht ziehen, und zwar in einem angemessenen Verhältnis, das von der in Artikel 16 genannten gemischten Kommission festgesetzt werden wird;

soweit die österreichische Bundesregierung bei der Auswahl der Lektoren für die italienische Sprache nicht eigene Staatsangehörige vorsieht, wird sie die von der italienischen Regierung vorgeschlagenen Kandidaten in Betracht ziehen.

Artikel 7.

Die beiden Regierungen werden den Austausch von Studierenden der Hochschulen sowohl während des Studienjahres wie auch während der Ferien sowie jenen der Schüler mittlerer Lehranstalten während der Ferien nach Maßgabe der Verhältnisse und der praktischen Möglichkeiten in den beiden Ländern fördern. Im allgemeinen, besonders während der Ferien, soll der Austausch von Gemeinschaftsbesuchen von Lehrpersonen und Studenten gefördert werden, insoweit sie als geeignet erscheinen, zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnis der Kultur der beiden Länder beizutragen.

Jeder im vorhergehenden Absatz angeführte Austausch wird im vorhinein für jedes Studienjahr und für jede Ferienzeit vereinbart werden, wobei die Programme und die Art der Durchführung von der in Artikel 16 vorgesehenen gemischten Kommission bestimmt werden, die sich zu diesem Zwecke der Mitarbeit der betreffenden Kulturinstitute bedienen wird.

nominato „Gastprofessor“ dal Governo Federale Austriaco in base alle norme vigenti.

In condizioni di reciprocità il Governo italiano nominerà professore „incaricato“ presso l'Università di Roma un docente austriaco per una cattedra da convenirsi.

I due Governi prenderanno accordi caso per caso per l'eventuale istituzione di altre cattedre straordinarie, anche presso altre Università dei due Stati.

Articolo 6.

I due Governi, mentre riconoscono l'opportunità di favorire la reciproca istituzione di lettori presso le Università e altri Istituti superiori dei due Paesi, concordano in materia quanto segue:

Il Governo italiano nella scelta dei titolari dei lettori di lingua tedesca in quanto non vi provveda con cittadini della Repubblica, prenderà in considerazione candidati austriaci designati dal Governo Federale Austriaco in proporzione adeguata da determinarsi dalla Commissione Mista di cui all'art. 16.

Il Governo Federale Austriaco, nella scelta dei titolari dei lettori di lingua italiana, in quanto non vi provveda con propri cittadini, prenderà in considerazione i candidati designati dal Governo italiano.

Articolo 7.

I due Governi favoriranno, tenendo presenti le condizioni e le possibilità pratiche dei due Paesi, lo scambio di studenti delle scuole superiori sia durante l'anno accademico, sia durante le vacanze, e quello di studenti degli istituti medi nel periodo delle ferie. In generale, e specie nei periodi feriali, saranno facilitati gli scambi di visite collettive di insegnanti e studenti in quanto appaiano atte a contribuire all'approfondimento della reciproca conoscenza della cultura dei due Paesi.

Tutti gli scambi di cui al comma precedente saranno preventivamente concordati per ogni anno accademico e per ogni periodo di ferie, stabilendosene i programmi e le modalità, dalla Commissione Mista di cui all'art. 16 che si varrà a tal fine della cooperazione dei rispettivi Istituti di Cultura.

Die beiden Regierungen werden überdies von Jahr zu Jahr über die geeigneten Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme österreichischer Hörer an Ausländeruniversitäten und an in Italien abgehaltenen Sommerkursen für Ausländer, gleichermaßen auch über die Teilnahme von italienischen Hörern an Sommerkursen für Ausländer, die in Österreich organisiert würden, eine Vereinbarung treffen.

Artikel 8.

Unter Berücksichtigung der Stellung, die der Unterricht der deutschen Sprache schon derzeit in der Studienordnung in Italien einnimmt, wird sich die österreichische Bundesregierung um die Einführung und Förderung der italienischen Sprache als obligaten oder wahlweise obligaten oder freien Lehrgegenstand an Mittelschulen und mittleren Lehranstalten jeder Art und jeder Type bemühen. In dieser Hinsicht wird besonders den Bedürfnissen der Bevölkerung der an die italienische Republik angrenzenden österreichischen Gebiete Rechnung getragen werden.

Die österreichische Bundesregierung verpflichtet sich weiters, in der Prüfungsordnung für die Lehrbefähigung an Mittelschulen und mittleren Lehranstalten jeder Art und jeder Type die Möglichkeit der Bewerbung um die Lehrbefähigung für die italienische Sprache vorzusehen, sowie die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, damit an den österreichischen Universitäten die Vervollkommenheit der Ausbildung der Lehramtskandidaten für die italienische Sprache gesichert werde.

Die österreichische Bundesregierung wird im allgemeinen alle geeigneten Maßnahmen treffen, um dem Studium der italienischen Sprache in Österreich jede mögliche Entwicklung zu sichern.

Artikel 9.

Die beiden Regierungen werden sich wechselseitig Mitteilung machen über Prämien, sowie über Studien- und Reisestipendien, die in den beiden Staaten schon bestehen, oder die von öffentlichen Körperschaften oder privaten Vereinigungen geschaffen werden sollten und die zum Ziele haben, die Kenntnis der Sprache, der Künste, der Wissenschaften und jeder anderen Form des kulturellen Lebens des anderen Staates zu fördern. Die beiden Regierungen werden sich über geeignete Mittel verständigen, um derartige Vorkehrungen wirksamer zu gestalten und sie werden den Anspruchsberechtigten auf Grundlage der Gegenseitigkeit die weitestgehenden Erleichterungen zugestehen.

Außerdem werden, immer auf Grundlage der Gegenseitigkeit, Arbeits- und Studienplätze an den wissenschaftlichen Spezialinstituten der beiden Staaten wechselseitig zur Verfügung gestellt werden.

I due Governi, inoltre, si accorderanno di anno in anno nei modi più adatti a favorire il concorso di uditori austriaci alle Università per stranieri e ai Corsi estivi per stranieri esistenti in Italia, così come di uditori italiani ai Corsi estivi per stranieri che si organizzassero in Austria.

Articolo 8.

Tenendo conto del posto che già occupa nell'ordinamento degli studi in Italia l'insegnamento della lingua tedesca, il Governo Federale Austriaco si adopererà per promuovere e favorire nelle scuole e negli Istituti di istruzione secondaria (Mittelschule) di ogni tipo o grado lo studio della lingua italiana come materia obbligatoria o relativamente obbligatoria o libera. A questo riguardo si terrà particolarmente conto delle necessità delle popolazioni dei territori austriaci confinanti con la Repubblica Italiana.

Il Governo Federale Austriaco si impegna inoltre a fare inserire la richiesta di abilitazione all'insegnamento della lingua italiana del regolamento d'esami per il titolo di insegnante nelle scuole e negli istituti di istruzione secondaria (Mittelschule) di ogni tipo e grado, nonché a prendere gli opportuni provvedimenti affinché presso le Università austriache sia assicurato il perfezionamento degli aspiranti docenti di lingua italiana.

In generale il Governo Austriaco prenderà ogni opportuna misura per assicurare allo studio della lingua italiana in Austria ogni possibile sviluppo.

Articolo 9.

I due Governi si daranno scambievoli comunicazioni sui premi e sulle borse di studio e di viaggio già esistenti nei due Stati o che saranno creati da enti pubblici o privati, e che abbiano come scopo la conoscenza della lingua, delle arti, delle scienze e di ogni altra forma di vita culturale nell'altro Stato. I due Governi concorderanno i mezzi appropriati per rendere più efficaci tali provvidenze e concederanno, su base di reciprocità, agli aventi diritto le più ampie facilitazioni.

Sarà inoltre provveduto, sempre sulla base della reciprocità, allo scambio di posti di lavoro e di studio negli Istituti scientifici specializzati dei due Stati.

Artikel 10.

Jede der beiden Regierungen verpflichtet sich, auf Grundlage der Gegenseitigkeit, die von den Universitäten und Hochschulen des anderen Landes den respektiven Staatsangehörigen verliehenen akademischen Titel und Grade anzuerkennen, vorbehaltlich jedoch der in jedem der beiden Staaten in den geltenden Gesetzen festgelegten Einschränkungen und Ausnahmen.

Eine zu diesem Zwecke von den betreffenden Regierungen ernannte Kommission von Experten der beiden Länder wird spätestens drei Monate nach Ratifizierung des vorliegenden Übereinkommens ein Verzeichnis der zur gegenseitigen Anerkennung zugelassenen Titel und die diesbezüglichen Bedingungen aufstellen.

Artikel 11.

Die beiden Regierungen werden auf dem Gebiete der bildenden Kunst, der Musik und des Theaters, wie auch auf dem Gebiete des Film- und Rundfunkwesens alle jene Maßnahmen treffen, die zur Vertiefung der Kenntnis des Kunst- und des Geisteslebens in den beiden Ländern im allgemeinen beitragen können.

Dies gilt im besonderen:

- a) für die gegenseitige Veranstaltung von Ausstellungen, Konzerten, Auftreten einzelner Künstler und Theatervorstellungen;
- b) für eine entsprechende Aufnahme von Rundfunksendungen der beiden Länder in die Programmgestaltung, auch auf Grund von besonderen Abmachungen zwischen den zuständigen Stellen der beiden Staaten;
- c) für die möglichste Erleichterung des Austausches von Dokumentar- und Lehrfilmen und besonders von Wochenschauen.

Artikel 12.

Die beiden Regierungen erklären sich bereit, im Geiste der Gegenseitigkeit und in weitestgehender Würdigung der wechselseitigen Interessen sowie in besonderer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Geschichtswissenschaften, jeden Vorschlag zu prüfen, welcher dahinzielt, die Archivbestände der beiden Staaten zu ergänzen und der Zerreißung organisch erwachsener Bestände vorzubeugen, ferner deren Erforschung durch damit beauftragte Vertreter der Regierungen oder öffentlicher Anstalten der beiden Staaten oder auch durch private Forscher, die von einer der beiden Regierungen beglaubigt sind, sei es am Orte der Verwahrung, sei es im Leihverkehr, zu gestatten und zu fördern.

Articolo 10.

Ciascuno dei due Governi si impegna a riconoscere, sulla base della reciprocità, i gradi e i diplomi accademici rilasciati ai rispettivi cittadini da Università e Istituti di istruzione superiore dell'altro Paese, salvo tuttavia le limitazioni e le esclusioni stabilite dalle vigenti leggi in ciascuno dei due Stati.

Una Commissione di esperti dei due Paesi nominata a tal fine dai rispettivi Governi stabilirà entro tre mesi dalla ratifica del presente Accordo l'elenco dei titoli ammessi al reciproco riconoscimento e le condizioni per il medesimo.

Articolo 11.

I due Governi prenderanno nel campo delle arti figurative, della musica e del teatro, come pure nel campo cinematografico e radiofonico, tutti quei provvedimenti che potranno contribuire all'approfondimento della conoscenza della vita artistica e intellettuale in genere nei due Paesi.

Ciò è valido in particolare:

- a) per la reciproca organizzazione di esposizioni, concerti, esibizioni di singoli artisti e rappresentazioni di opere teatrali;
- b) per una adeguata immissione di opere radiofoniche dei due Paesi nella compilazione dei programmi, anche a mezzo di speciali accordi tra i competenti uffici dei due Stati;
- c) per le massime facilitazioni nello scambio di film documentari ed educativi e specialmente di rassegne settimanali cinematografiche.

Articolo 12.

I due Governi si dichiarano pronti ad esaminare, con spirito di reciprocità e con il più largo apprezzamento dei vicendevoli interessi, come pure con particolare riguardo alle necessità delle scienze storiche, ogni proposta tendente ad integrare i fondi archivistici dei due Stati, a prevenire lo smembramento di fondi archivistici di formazione organica, e a consentire e facilitare l'esame dei fondi archivistici in sede o in via di prestito, a delegati dei Governi o di istituzioni pubbliche dei due Stati, o anche a studiosi privati, accreditati dai due Governi.

Artikel 13.

Die beiden Regierungen werden mit allen Mitteln und auf Grundlage der Gegenseitigkeit den direkten Leihverkehr von Büchern, Handschriften, Partituren und Schallplatten zwischen den Bibliotheken und den Archiven der beiden Staaten zum Nutzen der Studierenden der beiden Länder fördern.

Mit der Vermittlung der im vorstehenden Absatz angeführten Ansuchen um Entlehnung können die im vorliegenden Übereinkommen genannten Kulturinstitute beauftragt werden.

Artikel 14.

Die beiden Regierungen werden in geeignet scheinender Weise wechselseitig die Verbreitung von Zeitungen und periodischen Zeitschriften aller Art, wie auch von bibliographischen Katalogen und Veröffentlichungen fördern. Es wird ferner ein regelmäßiger und umfassender Austausch der amtlichen Veröffentlichungen der beiden Staaten sowie jener der Universitäten, Akademien, wissenschaftlichen Gesellschaften und überhaupt kultureller Körperschaften durchgeführt werden.

Es ist vorgesehen, bei den Kulturinstituten in Rom und in Wien ständige Ausstellungen zu veranstalten, die über die Produktion der österreichischen beziehungsweise italienischen Verlagsanstalten einen Überblick bieten sollen.

Schließlich werden die zuständigen Behörden Übersetzungen österreichischer beziehungsweise italienischer Werke aller Wissensgebiete, unter besonderer Berücksichtigung der klassischen Autoren und hochwertiger literarischer oder wissenschaftlicher Werke, mit größtem Nachdruck veranlassen und fördern. Die Namhaftmachung solcher Werke, deren Übersetzung im gemeinsamen Interesse empfohlen wird, erfolgt durch die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Kulturinstitute.

Artikel 15.

Die Gründung und Betätigung kultureller und studentischer Vereinigungen wird gefördert werden, falls sie sich die Aufgabe stellen, an der Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern mitzuwirken.

Artikel 16.

Es wird eine paritätische gemischte Kommission aufgestellt werden, um die Fragen zu lösen, die sich hinsichtlich der Anwendung des vorliegenden Übereinkommens ergeben und um jene Normen festzulegen, die zur praktischen Verwirklichung der oben dargelegten Grundsätze erforderlich sind, sowie um Sondervereinbarungen in die Wege zu leiten, die sich in Hinkunft als zweckmäßig erweisen sollten.

Articolo 13.

I due Governi favoriranno con ogni mezzo, e sulla base della reciprocità, il prestito diretto di libri, manoscritti, spartiti musicali e dischi fra le biblioteche e gli archivi dei rispettivi Stati nell'interesse degli studiosi dei due Paesi.

Gli Istituti di cultura menzionati nel presente Accordo potranno venire incaricati dell'inoltro delle domande di prestito di cui al comma precedente.

Articolo 14.

I due Governi faciliteranno opportunamente la reciproca diffusione di giornali e di riviste periodiche d'ogni specie, come pure di cataloghi e pubblicazioni bibliografiche. Sarà inoltre provveduto a un regolare e ampio scambio della pubblicazioni ufficiali dei due Stati, nonchè di quelle delle Università, Accademie, Società scientifiche e di enti culturali in genere.

Presso gli Istituti di Cultura in Vienna e in Roma è prevista l'organizzazione di esposizioni permanenti che informino rispettivamente sulla produzione editoriale italiana e austriaca.

Infine le Autorità competenti promuoveranno e favoriranno al massimo grado le traduzioni di opere italiane e rispettivamente austriache in ogni campo, con particolare riguardo agli autori classici e alle opere di alto pregio letterario o scientifico. L'indicazione di tali opere, la cui traduzione viene raccomandata nel comune interesse, sarà fatta per mezzo degli Istituti di cultura previsti nel presente Accordo.

Articolo 15.

Sarà favorita la creazione e l'attività di Associazioni culturali e studentesche, che intendano concorrere allo sviluppo delle relazioni culturali fra i due Paesi.

Articolo 16.

Sarà creata una Commissione Mista paritetica per regolare le diverse questioni di applicazione del presente Accordo e per procedere alle precisazioni necessarie alla pratica realizzazione dei principi suesposti, nonchè per promuovere gli speciali accordi che si mostrassero utili in avvenire.

Die gemischte Kommission tritt wenigstens einmal im Jahr, und zwar abwechselnd in Wien und in Rom, zusammen und besteht aus von ihren Regierungen ernannten fünf österreichischen und fünf italienischen Mitgliedern. Fallweise können, gegen vorherige Verständigung des anderen Vertragsteiles, auch Experten zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission berufen werden. Den Vorsitz in der gemischten Kommission wird in Wien ein österreichisches, in Rom ein italienisches Mitglied führen.

Artikel 17.

Das vorliegende Übereinkommen wird ohne zeitliche Begrenzung abgeschlossen und bleibt bis zu seiner Kündigung durch einen der beiden Hohen Vertragsschließenden Teile in Kraft. In diesem Falle tritt das Übereinkommen sechs Monate nach erfolgter Notifizierung der Kündigung außer Kraft; die den Kulturinstituten in den Artikeln 1 bis 4 eingeräumten Begünstigungen werden jedoch wechselseitig weitere sechs Monate gewahrt.

Artikel 18.

Das vorliegende Übereinkommen wird sobald als möglich ratifiziert werden und der Austausch der Ratifikationsurkunden wird in Wien erfolgen.

Das Übereinkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das vorliegende Übereinkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und italienischer Sprache, mit der Maßgabe, daß beide Texte die gleiche Geltung haben.

Rom, am 14. März 1952.

La Commissione Mista, che si riunirà almeno una volta all'anno e alternativamente a Roma e a Vienna, sarà composta di cinque membri italiani e cinque austriaci, nominati dai rispettivi Governi. Di volta in volta potranno essere chiamati a partecipare ai lavori della Commissione, previa notifica all'altra parte, anche degli esperti. Le sedute della Commissione Mista saranno presiedute a Roma da un membro italiano e a Vienna da un membro austriaco.

Articolo 17.

Il presente Accordo viene concluso senza limitazione di tempo e resterà in vigore fino alla sua denuncia da una delle due Alte Parti Contraenti. In tal caso l'Accordo cesserà di aver vigore dopo sei mesi dalla notifica della denuncia; tuttavia le facilitazioni conferite agli Istituti di Cultura di cui agli articoli dall' 1 al 4 saranno reciprocamente mantenute per altri sei mesi.

Articolo 18.

Il presente Accordo sarà ratificato al più presto e lo scambio dei documenti di ratifica avrà luogo in Vienna.

L'Accordo entrerà in vigore al momento dello scambio delle ratifiche.

In fede di che, i Plenipotenziari hanno firmato il presente Accordo.

Fatto in doppio originale, in lingua italiana e in lingua tedesca, i due testi facendo egualmente fede.

Roma, 14 marzo 1952.